

Andreas G. Lämmel

(A) und damit auf das Gesamtsystem. Damit ist die Theorie, die Sie hier verbreitet haben, eigentlich hinfällig.

Zur Bluecard. Sie dürfen nicht verschweigen, dass die Regelung zur Bluecard gerade einmal acht Wochen in Kraft ist. Liebe Kollegen von der SPD, denken Sie nur an die Greencard-Initiative von Gerhard Schröder! Wir sollten hier keinen Popanz aufbauen. Es ist schwierig, in Deutschland ausländische Arbeitskräfte anzuwerben. Der Grund dafür ist, dass Sie jahrelang blockiert haben. Wir müssen die Arbeitsmarktregelungen erst so weit lockern, dass es für ausländische Fachkräfte überhaupt attraktiv wird, in Deutschland tätig zu sein.

Wir finden, dass der Haushalt des BMWi sehr ausgewogen ist. Wir setzen damit auf Innovationen und Investitionen und setzen damit ganz klar den Fokus auf die Zukunft. Ich kann Ihnen nur empfehlen, Ihre Stimme heute für diesen Haushalt abzugeben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Kollege Andreas Lämmel. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Aussprache.

(B) Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 09 – Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie – in der Ausschussfassung. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/11543 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktion der SPD und die Linksfraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Enthaltungen? – Bündnis 90/Die Grünen. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09 in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Oppositionsfraktionen. Enthaltungen? – Keine. Der Einzelplan 09 ist angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun den Einzelplan 11 – Punkt I.15 – auf:

Einzelplan 11

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

– Drucksachen 17/10811, 17/10823 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)

Bettina Hagedorn

Dr. Claudia Winterstein

Dr. Gesine Löttsch

Priska Hinz (Herborn)

Zum Einzelplan 11 liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der Sozialdemokraten, ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Sie sind alle damit einverstanden und haben sich auf die Debatte vorbereitet. Dann ist das so beschlossen.

(C) Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin in unserer Aussprache ist unsere Kollegin Bettina Hagedorn für die Fraktion der Sozialdemokraten. Bitte schön, Frau Kollegin Bettina Hagedorn.

(Beifall bei der SPD)

Bettina Hagedorn (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zu Beginn der Debatte möchte ich mich als Hauptberichterstatte für den Etat des Arbeits- und Sozialministeriums im Haushaltsausschuss – sicher auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen – bei den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Arbeits- und Sozialministeriums, der Bundesagentur für Arbeit, der Rentenversicherungsträger, des Bundesrechnungshofes und vor allen Dingen unseres Haushaltsausschusssekretariats bedanken. Wir haben in den letzten Wochen intensive Beratungen gehabt und viele Berichte angefordert. Die Antworten waren umfassend, sie kamen zügig. Damit wurde unsere parlamentarische Arbeit sehr erleichtert. Es ist in diesem Haus gute Sitte, dass man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Anfang einer sicherlich kontroversen Debatte dafür ein Dankeschön ausspricht.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Dieser versöhnliche Einstieg, Frau Ministerin, ist leider schon alles, was ich an Positivem über Ihren Etat berichten kann. Die Schwerpunktsetzungen stellen – Frau Ministerin, man muss es so deutlich sagen – Ihren persönlichen Offenbarungseid dar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schon in den letzten Tagen war zu Recht davon die Rede, dass der schöngerechnete Wahlkampfetat, den Sie hier vorlegen, letzten Endes einem Bankraub gleichkommt, und zwar in erster Linie einem Raub an den sozialen Sicherungssystemen und damit an der zukünftigen Absicherung der Menschen in diesem Lande. Das ist ein Skandal, unangemessen, unverantwortlich, und das ist Ihnen, Frau Ministerin, persönlich anzulasten; denn der größte Teil von den sage und schreibe über 70 Milliarden Euro, die mit diesem Haushalt und diesem Finanzplan den sozialen Sicherungssystemen von 2013 bis 2016 entnommen werden, spielt sich in Ihrem Etat – und zwar bei der Bundesagentur für Arbeit, bei den Jobcentern und bei der Rente – ab.

(Katja Mast [SPD]: Da kann man nicht klatschen!)

– Nein, da kann man nicht klatschen, das ist wahr. Man muss es aber deutlich aussprechen; denn am Anfang jeder Debatte gehört erst einmal die Wahrheit auf den Tisch.

(Patrick Döring [FDP]: Am Anfang?)

Mit Ausgaben von knapp 120 Milliarden Euro

(Zuruf)

Bettina Hagedorn

- (A) – wenn Sie die Zahlen nicht nachvollziehen können, können Sie mir eine Zwischenfrage stellen; ich erläutere Ihnen die gerne – umfasst dieser Etat knapp 40 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes. Diese Tatsache bemühen Sie von der schwarz-gelben Koalition immer wieder – allerdings völlig zu Unrecht – als angebliches Indiz dafür, dass der Sozialbereich bei Ihnen einen hohen Stellenwert hat. Mit dieser Aussage betreiben Sie aber vorsätzliche Volksverdummung;

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

denn Sie verschweigen, dass dieser Etat das dritte Mal in Folge der große Steinbruch von Schwarz-Gelb ist. Es gab allein in Ihrem Etat, Frau von der Leyen, seit 2010 ein Minus von 24 Milliarden Euro. Das ist die bittere Wahrheit und Zeugnis eines beispiellosen sozialpolitischen Kahlschlags in der Verantwortung dieser schwarz-gelben Koalition.

(Beifall bei der SPD)

Sicherlich: Aufgrund drei Jahre brummender Konjunktur, sprudelnder Steuerquellen und klingelnder Beitragskassen mit sinkenden Arbeitslosenzahlen und glücklicherweise hoher Beschäftigungsquote bilden sich in diesem Etat erfreulicherweise milliardenschwere konjunkturelle Einsparungen ab, über die wir uns alle gemeinsam freuen. Diese Einsparungen aber, Frau Ministerin, die Ihnen anstrengungslos in den Schoß fallen, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie seit 2010 darüber hinaus mit Ihrem damals so genannten Sparpaket einen brachialen Kahlschlag – auf dem Rücken der Arbeitssuchenden und ihrer Familien vollzogen – haben.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zusätzlich haben Sie die Bundesagentur für Arbeit ausgequetscht wie eine Zitrone, sodass es dort ab 2014 praktisch keine nennenswerte Rücklage geben wird, die den Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Vergangenheit bei sich eintrübender Konjunktur – Stichwort „Kurzarbeitergeld“ – Perspektive und Chance gab und Belegschaften in der Krise vor Arbeitslosigkeit bewahrt hat. Mit dem Haushalt 2013 legen Sie null Vorsorge für eine sich abzeichnende Krise vor. Damit werden Sie Ihrer Verantwortung für die Menschen in diesem Land nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD – Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU]: Das ist überhaupt nicht wahr! Das ist Quatsch!)

– Wenn Sie sagen, das sei gar nicht wahr, antworte ich Ihnen: Wir wollten in der Großen Koalition – dies war das gemeinsame Ziel –, dass die Bundesagentur für Arbeit mit abgesenkten Beitragssätzen – wir haben sie von 6,5 auf 3 Prozentpunkte gesenkt – trotzdem langfristig auskömmlich finanziert ist. Dafür haben wir ihr die Einnahmen aus einem Prozentpunkt der Mehrwertsteuer gegeben, was mindestens 8 bis 9 Milliarden Euro pro Jahr ausmacht.

Mit diesem Haushalt ist der Mehrwertsteuerpunkt komplett aus der Finanzierung verschwunden. Sie wol-

len die Öffentlichkeit glauben machen, dass die Bundesagentur für Arbeit mit einem Beitragssatz von 3 Prozentpunkten dennoch stabil finanziert ist. Das ist mitnichten der Fall, und Sie wissen das ganz genau. Sie haben die Rücklage geplündert. Sie umfasst jetzt gerade einmal 2 Milliarden Euro. Schon im nächsten Jahr muss die Bundesagentur für Arbeit wieder auf die Rücklage zurückgreifen. Das heißt, sie löst sich in Luft auf, falls sich die Krise verstärkt. Dies hoffen wir zwar nicht; wir tragen aber die politische Verantwortung, dafür Vorsorge zu treffen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Sie tun also das Gegenteil dessen, was wir in der Großen Koalition gemacht haben, und wir sind damals gut damit gefahren. Weil wir der BA 2008 eine Rücklage von 18 Milliarden Euro zugestanden hatten, war sie in der Lage, mit uns die Konjunkturpakete aufzulegen und die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes zu verlängern. Unsere Maßnahmen waren gut und richtig. Sie profitieren seit drei Jahren von den Auswirkungen dieser Maßnahmen. Aber statt Ihre Schlüsse daraus zu ziehen, machen Sie genau das Gegenteil. Sie versündigen sich so an der Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Sie behaupten, die Tatsache, dass dieser Haushalt 40 Prozent des Gesamtetats ausmacht, zeige, wie sozial der Haushalt ist. Dazu muss man sagen: Sie machen den Leuten etwas vor; denn schon 85 Milliarden Euro in Ihrem Etat sind durch den Rentenzuschuss und die Grundversicherung gesetzlich gebunden. Bis 2016 werden diese Leistungen auf 93,5 Milliarden Euro anwachsen. Das heißt: 8,5 Milliarden Euro mehr in nur vier Jahren. Es ist normal, dass eine älter werdende Gesellschaft etwas kostet und sich dies in Ihrem Etat abbildet. Das ist aber eben kein Ausweis von sozialer Gerechtigkeit; denn bei dem Einzelnen kommen nicht mehr Leistungen an.

(D)

Wenn wir sehen, wie Ihre Zukunftsaufgaben wachsen und Ihr Etat sinkt, dann ist klar, dass Kahlschlag stattfindet. Wo findet er statt? Ausnahmslos bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Viele können sich nicht vorstellen, dass der große Kahlschlag noch bevorsteht. Sie dachten vielleicht, dass sie ihn schon hinter sich haben.

Sie sehen im Finanzplan bis 2016, von 2013 an gerechnet, bei den Jobcentern Kürzungen in Höhe von 18,5 Milliarden Euro vor und bei der Bundesagentur für Arbeit zusätzliche Kürzungen in Höhe von 36 Milliarden Euro. Das sind gewaltige Summen. Herr Weise hat gesagt, dass er schon gar nicht mehr weiß, wo er noch kürzen soll. Zunächst einmal wird die Bundesagentur bis zu 15 000 Mitarbeiter in den Jobcentern und bei der BA in den nächsten Jahren abbauen müssen. Dort sind diese Botschaften längst angekommen. Nicht nur die Budgets der Fallmanager sind leer. Diejenigen, die befristete Verträge haben, wissen schon heute, dass sie in ein paar Jahren auf der anderen Seite des Tisches sitzen werden. Sie planen diese Kürzungen, Frau von der Leyen, obwohl wir

Bettina Hagedorn

(A) alle, die wir uns mit Arbeits- und Sozialpolitik beschäftigen, wissen, dass man zwar einerseits Geld im Budget braucht, um Maßnahmen zu finanzieren, dass man andererseits aber vor allen Dingen engagierte Mitarbeiter braucht. Um zum Beispiel die 900 000 Menschen, die langzeitarbeitslos sind, die keinen Schulabschluss und keine Berufsausbildung haben, wieder in Lohn und Brot zu bringen, braucht man Geld. Ihnen ist mit einem Bewerbungstraining nicht gedient. Sie brauchen qualifizierte Maßnahmen; aber sie brauchen auch eine enge und intensive Begleitung durch eine motivierte Mitarbeiterschaft. An dieser Stelle, Frau von der Leyen, wird im Haushalt die Axt angelegt.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Thema Rente. Zum Thema Rente haben Sie, Frau von der Leyen, hier vor einem Jahr gesagt, dass Sie einen Rentendialog machen werden. Super. Was ist das gewesen? Eine Showveranstaltung. Sie haben sich wieder medienwirksam verkauft.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Wie immer!)

Es gab wieder einmal viele bunte Broschüren, Interviews und Talkrunden, obwohl das Ergebnis – jedenfalls für Sie – von Anfang an feststand. Eine echte Partizipation war das ja nicht. Das Ergebnis sollte Ihre werbewirksam intonierte Zuschussrente sein.

(B) Die Zuschussrente war ein echter Rohrkrepierer, aber nicht etwa, weil die Opposition gesagt hätte: „Die Zuschussrente ist ein Fake“, sondern weil das alle gesagt haben. Das haben nicht nur die Gewerkschaften, die Arbeitgeber oder die Wohlfahrtsverbände gesagt, sondern alle. Dann fand ein Koalitionsgipfel statt, vier Tage vor der Bereinigungssitzung. Dabei kam etwas Neues heraus: Über Nacht wurde aus der Zuschussrente die Lebensleistungsrente.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Was für ein Hohn! – Katja Mast [SPD]: Lächerlich!)

„Etikettenschwindel“ ist dafür noch eine zurückhaltende Bezeichnung.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz genau wissen Sie ja selbst noch nicht – das gilt auch für Ihre Koalition –, wie Sie sie eigentlich ausgestalten wollen. Aber eines kann man den Menschen schon sagen: Um sie zu bekommen, müssen sie auf jeden Fall 40 Jahre gearbeitet haben; ob es sich dabei allerdings um Versicherungsjahre oder Beitragsjahre handelt, weiß man noch nicht genau. Außerdem müssen sie private Vorsorge betrieben haben, auch das 40 Jahre lang. Oder nur 30 Jahre? Wie lange eigentlich? Was heißt übrigens: „nur“ 30 Jahre? Wer von den Menschen, die heute in Rente gehen wollen, hat schon 30 Jahre zusätzlich privat vorgesorgt? So viele sind das nicht. Aber es sollen auch gar nicht viele sein. Denn das Ganze ist ja ein Billigmodell; dafür sorgt schon die FDP.

Sie sagen also: Wer 40 Jahre gearbeitet und jahrzehntelang privat vorgesorgt hat, der soll für diese Lebens-

leistung – man höre und staune – 10 bis 15 Euro im Monat mehr bekommen. (C)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist eine Verhöhnung der Menschen! – Katja Mast [SPD]: Das ist lächerlich!)

Wissen Sie, was das ist, Frau von der Leyen? Das ist eine Verhöhnung der Menschen und ihrer Arbeit.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, dass Sie sich als Arbeits- und Sozialministerin damit überhaupt an die Öffentlichkeit wagen und auch noch erwarten, dass dieses Ergebnis einen Schulterklopper wert ist, ist vor allen Dingen deshalb bitter, weil Sie den ganzen Sommer über das Thema Altersarmut gesprochen haben. An dieser Stelle will ich mich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie dieses Thema in die Öffentlichkeit getragen haben.

(Beifall des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Aber eine Ministerin sollte ein Problem nicht nur ansprechen, sondern auch Lösungsvorschläge machen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: So ist es!)

Das, was Sie getan haben, hat mit der Bekämpfung von Altersarmut jedenfalls überhaupt nichts zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Nächster Redner in unserer Aussprache ist für die Fraktion der CDU/CSU unser Kollege Axel Fischer. Bitte schön, Kollege Axel Fischer.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Hagedorn, es ist schon bezeichnend, wenn in einer Debatte zum Thema „Arbeit und Soziales“ einer Sozialpolitikerin der SPD kein Wort zur guten Arbeitsmarktlage und zur guten Konjunkturlage in Deutschland über die Lippen kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Trotz dieser Regierung!)

– Trotz der Regierung?

(Elke Ferner [SPD]: Na sicher! Trotz Union und FDP! – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Ach! Die von der SPD können ja nicht mal sagen, wie sie ihre ganzen Vorschläge gegenfinanzieren wollen!)

Das ist ja wieder das übliche Spiel. Sind die Arbeitsmarktdaten gut, wenn die Union mit der FDP regiert, sagen Sie: trotz der Regierung. – Sind die Arbeitsmarktdaten gut, wenn Sie mit den Grünen regieren, sagen Sie: wegen Ihrer Regierung.